

Neue
Kleine Bibliothek 188

Horst Kahrs (Hg.)

Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,
die Freibeuter hervorbringt

PapyRossa Verlag



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

aus: Horst Kahrs (Hrsg.): Piratenzauber, ISBN 978-3-89438-508-8
© 2013 by PapyRossa Verlag, Köln / CC BY-NC-ND 3.0 (s. Impressum)

Inhalt

Potential und Projekt	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL Piratenflaute	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ Piraten und Massenmedien	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH Piraten im historischen Kontinuum	48
HORST KAHRS Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?	60
KONSTANZE KRIESE Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit	92
TOBIAS SCHULZE Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource	100
MICHAEL PAETAU Freiheit und Wissensordnung	113
JÜRGEN SCHEELE Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons	131

MICHAEL WEBER	
Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden	146
DETLEF KANNAPIN	
Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen	161
MICHAEL PAETAU	
Kybernetik und flüssige Demokratie	173
Was bleibt?	188
Autorinnen und Autoren	195

Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen

einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

Die Autorinnen und Autoren

CONNY HILDEBRANDT/HORST KAHRS/NELLI TÜGEL

Piratenflaute

Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?

Der Ausgang der Wahl zum niedersächsischen Landtag am 20. Januar 2013 markiert einen krisenhaften Wendepunkt in der kurzen Geschichte der Piratenpartei Deutschlands. Der kometenhafte Aufstieg zur neuen Hoffnung am bundesdeutschen Parteienhimmel endete mit einer unsanften Landung: Mit 2,1% der gültigen Zweitstimmen wurde der Einzug ins Parlament deutlich verfehlt. Die absolute Zahl der Zweitstimmen lag mit 75.500 um rund 12.000 unter derjenigen der Bundestagswahl 2009. Der Zustrom von Stimmen aus dem gesamten Parteienspektrum (vgl. Kahrs 2012) setzte sich nicht fort. Nach den vier erfolgreichen Landtagswahlen zwischen Herbst 2011 und Frühjahr 2012 kam die Partei in Niedersachsen nicht über das schmale Stammpotential von bis zu 2% der Stimmen hinaus, welches sie bei Landtags- und Bundestagswahlen bis September 2011 erreicht hatte.

Blickt man hinter das nackte Endergebnis, so zeigt sich, dass Voraussetzungen für zukünftige wahlpolitische Erfolge weiterhin vorhanden sind: Bei den Erstwählerinnen und Erstwählern erreichte die Piratenpartei mit einem Stimmenanteil von 7% mehr als die FDP oder Die Linke. Bei den Wählern im Alter unter 30 Jahren lag der Stimmenanteil bei knapp 10%, bei denjenigen im Alter zwischen 30 und 45 Jahren ebenfalls noch über 5%. Bei den Wählerinnen der jeweiligen Altersgruppen war der Stimmenanteil der Piratenpartei in Niedersachsen indes nur gut halb so hoch, so dass es in der Altersgruppe der

30- bis 44-Jährigen insgesamt nur zu knapp 4% reichte.¹ Diese Werte sind zwar deutlich niedriger als bei vier erfolgreichen Landtagswahlen zuvor. Sie sind jedoch so hoch, dass jüngere Wahlberechtigte die Partei weiterhin als Alternative, die wählbar ist, weil »sie es schaffen kann«, auf dem Zettel behalten werden. Die unter 45-jährigen Wahlberechtigten stellen nur wenig mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten, daher reichen überdurchschnittliche Stimmenanteile in diesen Altersgruppen allein für einen Wahlerfolg nicht aus, sind aber die Grundlage. Weiterhin bleibt die Piratenpartei mit vier Landtagsfraktionen in der parlamentarischen Politik gegenwärtig, so dass sie von den anderen Parteien bei kommenden Wahlen als Spieler auf dem politischen Feld ernst zu nehmen sein wird.

Nach der Niedersachsenwahl stellt sich nun die Frage, ob es sich bei der Piratenpartei noch um einen »Spielverderber« handelt, der dominante Regeln unterläuft, oder schon um einen berechenbaren Mitspieler. Dieser Beitrag widmet sich dieser Frage mit einem Blick auf politikwissenschaftliche Analysen und Prognosen, mit einem Gang durch die programmatische Ausweitung der Partei und mit einer Betrachtung der beginnenden Selbstveränderung unter äußerem Druck.

I.

Das politikwissenschaftliche Interesse an der Piratenpartei nahm nach dem Achtungserfolg bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag im Jahre 2009 kräftig zu. Dabei schälten sich drei Deutungen heraus: Die Piratenpartei gilt als neue Protestpartei, durch deren Wahl die Unzufriedenheit mit allen anderen Parteien vorübergehend bzw. einmalig ausgedrückt werden kann. Sie wird zweitens unter dem Aspekt ihres Aufstiegs in einem sich aufräusenden Parteiensystem betrachtet, die sich mit jedem Schritt weitere Handlungsmöglichkeiten erschließt. Drittens wird die Partei als Ausdruck eines eigenen kulturellen Milieus, oft in Analogie zu den Grünen, untersucht.

1 Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen (www.zdf.de) und Infratest dimap (www.tagesschau.de), vgl. Kahrs 2013

Eckhard Jesse kommt zu dem Schluss, die Piraten seien in erster Linie eine Partei, die Proteststimmen sammeln und von der Politikverdrossenheit vieler profitieren könne. Er lehnt jedoch die Interpretation als Cleavages-Repräsentationspartei² ab, da seiner Meinung nach keine neue – durch die Piraten politisch ausgedrückte – gesellschaftliche Konfliktlinie existiert, beziehungsweise dieses Cleavage durch andere Parteien ausreichend bedient würde (Jesse 2011: 189). Die Piratenpartei müsse letztlich scheitern, da sie lediglich von einer kritischen Haltung gegenüber den etablierten Parteien profitieren könne, was jedoch keinen dauerhaften Erfolg ermögliche. Jesse beschreibt das Offensichtliche: die Abnahme der Parteibindung bei jüngeren Wählern und Wählerinnen, den Wandel der Volksparteien. Nach gesellschaftlichen Umbrüchen, die schnellem Aufstieg (und Fall) zugrunde liegen oder begleiten, fragt er nicht. Zu prüfen wäre, inwieweit diese Vernachlässigung ebenso interessengeleitet ist wie seine These vom »Ausfransen der Parteienlandschaft« – mit der von rechten Kreisen verfolgten Absicht, auf eine Umgestaltung des parlamentarischen Systems hinzuwirken. Seine Prognose lautete im Frühjahr 2011: »Von einem Einzug in einen Landtag, geschweige denn in den Bundestag, ist die Partei augenscheinlich weit entfernt. (...) Weder die programmatischen noch die strategischen noch die organisatorischen Komponenten sprechen für ein Anwachsen der Partei.« (Jesse 2011: 190-191)

Sebastian Krätzig formulierte nach den Wahlen 2009 eine weitergehende These, die politische Blockaden in den Blick nahm: »Wenn aber schon eine solche sozial nicht benachteiligte Gruppe (die Gründergeneration der Piraten – Anm. d. Aut.) von den etablierten Par-

2 Mit der Cleavage-Theorie (cleavage: engl. »Kluft«, »Spaltung«) werden Wahlergebnisse anhand langfristiger, tieferer gesellschaftlicher Konfliktlinien gedeutet. Mit Hilfe der Cleavage-Theorie (cleavage: engl. »Kluft«, »Spaltung«) werden die einzelnen Parteien innerhalb eines nationalen Parteiensystems entlang langfristiger, tieferer gesellschaftlicher Konfliktlinien verortet. Als klassische cleavages gelten der Konflikt Kapital – Arbeit (Industrialisierung), Kirche – Staat (Säkularisierung), Stadt – Land (industrielle Akkumulation) und Zentrum – Peripherie (Nationalstaatsbildung).

teien nicht mehr repräsentiert wird, ihre Interessen also nicht wahrgenommen werden, weil sich die etablierten Parteien verschlossen haben und die Bürger zunehmend nur noch durch personalisierte Medienkampagnen für den Wahltag mobilisieren wollen, wie sollen dann erst sozial benachteiligte Gruppen ihre Interessen formulieren können«. (Krätzig 2010: 97) Krätzig analysierte die Piraten als »kleine Emanzipationsbewegung (...), da sich eine bisher nicht repräsentierte Minderheit auf diese Weise Zugang zum politischen Feld erarbeiten möchte«, wobei es sich »nicht um eine auch sozial benachteiligte Gruppe« handele. Aus dieser Beschreibung der Gründergeneration folgerte er seinerzeit, dass es sich bei der Partei nicht um eine Eintagsfliege handeln würde.

Ähnlich analysierte Fabian Blumberg in einem Papier der Konrad-Adenauer-Stiftung im Februar 2010. Etablierungschancen der Piraten sieht er vor dem Hintergrund, dass ihre Thematik als relevant anerkannt, durch die etablierten Parteien unterrepräsentiert und ein Wählermilieu identifizierbar sei (Blumberg 2010). Blumberg beschrieb früh Entwicklungslinien, die sich dann im Berliner Wahlergebnis ausdrückten. Spätere Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgten diese Linie nicht unbedingt weiter, sondern ordneten die Wahlerfolge der Piratenpartei als Erfolge einer Protestpartei ein (Stoye 2012, Eisel 2012).

Udo Zolleis, Simon Prokopf und Fabian Strauch erkennen 2010 in einer Studie für die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung ebenfalls tiefere gesellschaftliche Ursachen für die Entstehung der Piratenpartei und schlussfolgern daraus, dass sie – als Ausdruck gesellschaftlicher Phänomene, die sie hervorgebracht haben – keine Eintagsfliege sein kann, auch wenn die Partei selbst wieder verschwinden sollte: »Das ›Problem‹ bei den allermeisten Parteineugründungen und so auch bei der Piratenpartei ist für das Parteiensystem nicht die Partei selbst, sondern die strukturellen und politischen Tiefenursachen, die erst zu diesen Gründungen geführt haben. Mag eine Partei durch personelle Fehler, organisatorische Mängel oder auch politische Missgeschicke ihre Konsolidierung nicht bewältigen und in die politische Bedeutungslosigkeit zurückfallen, die Gründe für ihr Entstehen wären damit

nicht beseitigt. Somit ist die Piratenpartei keine politische Eintagsfliege – unabhängig von ihrem organisatorischen Fortbestehen.« (Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 31)

Carsten Koschmieder betont in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung (Koschmieder 2012) den Anti-Parteien-Charakter der Piratenpartei. Dabei spiele aber nicht nur Frustration über die anderen Parteien eine Rolle, sondern der Aufstieg werde begünstigt durch positiv formulierte Erwartungen an eine andere, ganz neue Form von Beteiligung und Transparenz, durch Themen wie *share* und *commons*.

Oskar Niedermayer verortet die Piratenpartei als linkslibertäre Partei und nähert sich ihren Aussichten mit seinem Modell der sechsstufigen Etablierung einer Partei (Niedermayer 2010). Während er mithilfe dieses Modells zunächst zu dem Schluss kommt, dass aufgrund verschiedener Hemmnisse das Erreichen der 3. Karrierestufe, der parlamentarischen Repräsentation, für die Piratenpartei unwahrscheinlich sei, verzichtet er später auf eine Prognose hinsichtlich des Erreichens der weiteren Karrierestufen (Niedermayer 2012). Niedermayer sieht in den Piraten mittlerweile mehr als das vorübergehende Erscheinen einer neuen Protestpartei. Sein Karrieremodell ordnet die Piratenpartei indes in einen vorgegebenen Normalisierungs- und Anpassungsprozess von Parteien ein, der ein Gründungsanliegen der Piratenpartei, die Infragestellung dieser Regeln des Parteienwettbewerbs, ausschließt, so dass sich ihm die Frage, ob das Erreichen der nächst höheren Etablierungsstufe nicht zu einer Beschädigung des Partei-Images und damit der weiteren Erfolgsaussichten führt, nicht stellen kann. Woher es rührt, dass vor allem junge Menschen sich von den traditionellen Volksparteien nicht mehr repräsentiert fühlen, was überhaupt Repräsentation und Partizipation in Zeiten des Internets bedeutet und warum für die Gründergeneration der Piraten offenbar auch Grüne und Linke zu den »Etablierten« gehören, dies sind Fragen, die durch den von Niedermayer gewählten Ansatz nicht gestellt werden können.

Christoph Bieber (Bieber 2012) setzt an dieser Lücke an und steuert der Diskussion um die Etablierungschancen der Partei, Bezug nehmend auf ihr Selbstverständnis als Partei, die die politischen Spielregeln ändern wolle, die Perspektive bei, dass die »Zukunftsorientierung

der Piraten« ihr eigenes Verschwinden mit einschlieÙe. Er sieht sie als Partei der Gegenwart, aber nicht zwangsläufig der Zukunft.

Auch Alexander Hensel und Stephan Klecha (Hensel/Klecha 2012) sehen in der Piratenpartei mehr als eine Protestpartei. Bei allen offensichtlichen Problemen der Partei in ihrer aktuellen Entwicklungsphase seien es doch grundlegende gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die sich in Gründung und Aufstieg der Partei manifestierten.

Die politikwissenschaftliche Literatur ist sich mehrheitlich einig, dass die Entstehung der Piratenpartei Ausdruck neuer gesellschaftlicher Konfliktdimensionen war, die unter anderem ein sozio-kulturelles Milieu hervorgebracht haben, aus dem sich die Gründergeneration der Piraten speiste, ihr Aufstieg durch Parteienverdrossenheit und Unzufriedenheit mit der Verfasstheit des demokratischen Systems und der abnehmenden Bindung an die Volksparteien begünstigt wurde und ihre Perspektiven offen sind, je nachdem wie sie selber bestimmte Aufgaben meistern oder auch nicht. Die Betonung des Protestcharakters der Piratenpartei ist unterschiedlich stark. Auffallend ist, dass die Formulierungen hinsichtlich der Perspektiven der Piraten nach dem September 2011 deutlich vorsichtiger geworden sind, da der Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus offensichtlich selbst für die meisten professionellen Beobachter überraschend war.

II.

Zu den in der Politikwissenschaft überwiegend geteilten Auffassungen zählt, dass ohne Erweiterung des inhaltlichen Themenspektrums der Piratenpartei, ohne eine weitgehende Professionalisierung der Parteiarbeit und ohne Personalisierung der Anliegen zukünftige Erfolge undenkbar seien. Geteilt wird diese Sicht vom politischen Journalismus. Eine Partei, die allein die technologischen Potentiale der digitalen Revolution zu ihrem Thema mache, könne nicht überlebensfähig sein, wenn sie zu den vielen anderen Fragen, die über die Medien kommuniziert werden, »kein Programm« habe. Belegen sollen dies Umfragen wie diejenige am Wahltag in Niedersachsen, als 83% der Befragten die Auffassung teilten, dass die Piratenpartei zu »wichtigen Themen« keine Position habe (Kahrs 2013). Unterstellt wird, dass damit eine

negative Bewertung der Partei verbunden sei und dass es keinen wahlpolitischen Raum gebe für eine Partei mit dem »Image als Partei der Fragenden, der noch nicht für jedes Thema eine Antwort Habenden« (Neumann 2012: 131).

Tatsächlich scheint die journalistische Kenntnis programmatischer Positionen der Piratenpartei stark von diesem Image geprägt zu sein. In den vergangenen Jahren entwickelte sich auf Länder- wie auf Bundesebene eine bemerkenswerte programmatische Arbeit, die keinen Vergleich mit konkurrierenden Parteien scheuen muss. Bei einer parteiinternen Befragung sprachen sich 2011 zwei Drittel der Teilnehmenden für ein Vollprogramm aus, zwei Fünftel bekundeten eigene Beteiligung an der programmatischen Arbeit (Neumann 2012: ebd.).

Bereits im Landeswahlprogramm der Piraten in Bayern von 2008 finden sich jene Eckpunkte, die sich später in allen Landes- oder Bundesprogrammen der Partei wiederfinden: informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre als Grundpfeiler einer zukünftigen demokratischen, sozial gerechten, freiheitlich selbstbestimmten, globalen Informationsgesellschaft. Diese wollen die Piraten als »Teil einer weltweiten Bewegung zum Vorteil aller mitgestalten« (Piraten Bayern, 2008). Deshalb fußen die Programme der Piraten auf den Prinzipien der »Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Individuum in einer sozialen ethischen Gesellschaft sowie dem Schutz des zur Entfaltung des Menschen immer erforderlichen privaten und unantastbaren Lebensraum, sowohl in geistiger als auch in materieller Hinsicht« (Piraten Hessen, 2009).

Die Piraten sehen sich »als Stimme der Bürgerrechtsbewegung des Informationszeitalters« (Piraten Brandenburg 2011). Jeder Mensch solle sich unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht, sexuellen Identität, Religion, seinem sozialen Hintergrund und persönlichen Lebenssituation *frei entfalten* können. »Die Freiheit des Einzelnen ist das höchste Gut einer Demokratie« (Piraten Brandenburg 2011). Geringstmögliche Herrschaft durch Menschen über Menschen und die Entwicklung jedes Einzelnen sollen Bedingungen für die Entwicklung aller sein (Piraten Niedersachsen 2013). Es geht deshalb um die Kritik und Veränderung jener politischen und staatlichen Institutionen und

Verfahren, die »Freiheit« in irgendeiner Weise einschränken, an Bedingungen knüpfen, sie verweigern oder blockieren.

Freiheit wird programmatisch übersetzt in *freie Zugänge*, die sich zunächst aus den neuen Freiheiten des Internets und der digitalen Technologien ableiten. Dazu gehört das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und jeder Form von Überwachung, der Erhebung biometrischer Daten und die Nutzung elektronischer Ausweisdokumente. Informationsfreiheit wird verbunden mit dem Recht auf Transparenz politischer und staatlicher Entscheidungen und der Forderung nach neuen bzw. vereinfachten Möglichkeiten politischer Mitbestimmung. Gesellschaftliche Güter sollen der Gesellschaft umfassend, bezahlbar oder sogar kostenlos zur Verfügung stehen – Open Acces soll freie Zugänglichkeit, Informationsfreiheit und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung ebenso absichern wie die freie Zugänglichkeit zum wissenschaftlichen und kulturellem Erbe der Menschheit.

Seit dem Bundestagswahlprogramm 2009 erweitern und vertiefen bzw. präzisieren die Piraten ihre Sichten um weitere frei zu gestaltende »Zugänge«. So wurde das bisherige Grundsatzprogramm um das Kapitel »Bildung« erweitert. 2010 kamen die Kapitel »Mehr Demokratie wagen« und »Für eine freie und demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur« hinzu, 2011 das Kapitel zur »Vielfalt der Gesellschaft« und 2012 die Beschlüsse zu Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Europa, Außenpolitik, Rente, Gesundheit, Jugendschutz, Landwirtschaft, Normen und Staatstrojaner. Diese Entwicklung spiegelt sich – wenn auch unterschiedlich – in den einzelnen Landes- bzw. Wahlprogrammen der Bundesländer, so dass »freie Zugänge« sich nunmehr auf Wasser, Luft, Strom, öffentliche Plätze, Schulen, Universitäten sowie Internet beziehen (Piraten Niedersachsen 2012) und so die soziale und politische Teilhabe und ebenso Mitbestimmung und zunehmend auch erste konkrete stadt- und landespolitische Fragen zum Inhalt haben. Dazu müssen sich – wie im Landesprogramm von Rheinland-Pfalz gefordert – Land und Kommunen dafür einsetzen, dass die Grundversorgung von Trinkwasser, Wasser- und Abwasser, Klärwerke, Stromnetze, Gasnetze, Straßen sowie Straßenbauwerke in

öffentlicher Hand bleiben. Die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die für die Grundversorgung der Bevölkerung notwendig sind (z. B. ÖPNV, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Krankenhäuser), sei zu stoppen und der Verkauf solcher Einrichtungen an Investoren zu verbieten (Piraten Rheinland-Pfalz 2012). Die Verteidigung, der Erhalt oder Ausbau von Zugängen ist also *die* zentrale Kategorie der Piraten – anzuwenden auf alle Bereiche des Lebens und die Gestaltung von Gesellschaft, auch zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte. Hierzu zählen die Piraten freie Zugänge zu materiellen und immateriellen Gütern wie Bildung, Wohnraum, Mobilität (fahr-scheinloser ÖPNV), Wissen und Kultur und das bereits erwähnte Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Einschränkung von Organisations- und Versammlungsfreiheit sowie von neuen Protestformen wird abgelehnt, die Berliner Piraten fordern darüber hinaus die Abschaffung der Residenzpflicht.

Für die unmittelbar politische Ebene bedeutet dies konkret z. B. die Veränderungen des Wahlrechts auch für Migranten (Piraten Berlin 2011), die Herabsetzung des Wahlalters (Piraten Sachsen-Anhalt 2011). Die Herabsetzung von Hürden für Volksbegehren, »Demokratie wagen« und die Forderung nach erweiterten Möglichkeiten direkter Demokratie wird in allen Programmen der Piraten gefordert und verbunden mit dem Selbstverständnis der Mitmachpartei: jeder kann sich – so ihr Anspruch – jederzeit direkt beteiligen.

Die Forderung nach freiem Zugang zu Informationen über staatliches wie politisches Handeln wird verknüpft mit der nach Transparenz und Offenlegung von Verwaltungsprozessen (Brandenburg 2012). »Gläserner Staat« statt »Gläserner Bürger« heißt es im Saarländer Wahlprogramm von 2012. Dazu gehört die Offenlegung von Nebeneinkünften der Abgeordneten, die Schaffung von Vergaberegistern zur Korruptionsbekämpfung, die Einsicht und Begrenzung öffentlich erhobener persönlicher Daten, die Offenlegung öffentlich-rechtlicher Verträge und die Schaffung neuer Instrumente zur Kontrolle staatlichen Handelns, inklusive der Kennzeichnungspflicht für Polizei-Beamte und eine Beschwerdestelle für Polizeiübergriffe (Piraten Berlin, 2011). Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft – insbesonde-

re bei Leasingverträgen mit Kommunen oder Städten – müsse ihre Verträge offenlegen: »Der Schutz des Geschäftsgeheimnis eines Privatunternehmens darf nicht über der staatlicher Pflicht zum nachvollziehbaren Handeln stehen.« (Piraten Niedersachsen, 2012).

Eine der zentralen Forderungen zur Sicherung sozialer und politischer Teilhabe ist der konsequent freie und kostenlose Zugang zur Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Erwachsenenbildung. Gefordert werden Ganztagschulen als Lebensräume mit außerschulischen Angeboten, die Lern- und Lehrmittelfreiheit, kostenloses Mittagessen und Obstfrühstück (Piraten Berlin, 2011). Zur individuellen Förderung werden flexibilisierte Bildungsprogramme (Bildungsmodule bzw. Kurssysteme) vorgeschlagen und die Möglichkeit zu fließenden Schullaufbahnen (Piraten NRW, 2012), auch durch die Auflösung starrer Klassenstrukturen. Sichergestellt werden müsse dies durch ausreichend und qualifizierte Lehrer, d.h. maximal 20 Schüler je Lehrer (Piraten Sachsen-Anhalt, 2011). Die niedersächsischen Piraten lehnen ausdrücklich die Finanzierung von Schulmaterial durch Wirtschaftsunternehmen ebenso ab wie Beratungsangebote der Bundeswehr (Piraten Niedersachsen, 2013).

Soziale Teilhabe wird in den Landesprogrammen unterschiedlich gewichtet. Im Programm der Piraten von Berlin und Rheinland-Pfalz wird ein »bedingungsloses« Grundeinkommen gefordert, in Bremen ein »existenzsicherndes« und bis dahin bundesweite gesetzliche Mindestlöhne. Im Hamburger Programm steht die Forderung nach Abschaffung von Ein-Euro-Jobs unter »Sonstige Themen«, die Saarländer Piraten fordern die Begrenzung der Leiharbeit auf 24 Monate und die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes. Die Abschaffung der Zeitarbeit im öffentlichen Dienst fordern die Piraten in Baden-Württemberg und Niedersachsen 2013. Soziale Teilhabe verbinden die Piraten mit freien, d. h. bezahlbaren oder kostenfreien Zugänge zu Gemeinschaftsgütern wie Verkehr, Energie und Wasser und hierzu die Infrastrukturen in öffentlicher Hand. Konkret gefordert wird ein bezahlbarer oder sogar ein fahrscheinloser, unentgeltlicher ÖPNV (Piraten Berlin, 2011). Regionale Schienenwege oder Bürgerbusse (Piraten, Baden-Württemberg, 2011) sollen ausgebaut werden.

Zum Thema Atomausstieg gibt es zwischen den Landesverbänden Differenzen: die Berliner fordern die »unverzügliche Stilllegung« aller Atomkraftwerke zumindest die Stilllegung von einem AKW pro Jahr (Piraten Berlin, 2011), die Baden-Württemberger wollen wie die meisten Landesverbände den Ausstieg aus dem Ausstieg verhindern. Die Bremer fordern die Stilllegung des AKW Unterweser (Piraten Bremen).

Unmittelbare Bezüge auf die gegenwärtigen ökonomischen und ökologischen Krisen gibt es bisher nur wenige. Die Baden-Württemberger verweisen darauf, dass ihr Bundesland bisher von wirtschaftlichen Verwerfungen innerhalb Europas verschont blieb, dass aber in Krisenzeiten die Landesbanken die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen müssten (Piraten Baden-Württemberg, 2011). Die Saarländer Piraten fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer und befürworten als einzige die sogenannte Schuldenbremse.

Ungeachtet des EU-Vertrags von Lissabon, demzufolge »die Mitgliedstaaten [sich] verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern«, und der Realität sozialstaatlicher Deregulierung, verschärft durch eine Politik radikaler Sozialkürzungen von EU-Kommission, EZB und IWF mit sozial verheerenden Folgen bisher in den Ländern der Eurozone, formulieren die Piraten in Schleswig-Holstein ihr unkritisch positives Bekenntnis zu Europa: »Wir verstehen Europa als ein friedensförderndes Projekt, das den Versuchen der Re-Nationalisierung einzelner Staaten widerstehen muss.« (Piraten Schleswig-Holstein, 2012). Europa sollte – so die Piraten in Sachsen – ein Europa der Regionen werden. Dies fassen die Piraten in Niedersachsen so: europapolitische Entscheidungsprozesse bedürfen der Zustimmungspflicht einer qualitativen Mehrheit des niedersächsischen Parlaments. Zugleich formulieren sie konkrete europapolitische Forderungen wie z. B. die Schaffung von Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer vor dem Hintergrund des europäischen Arbeitnehmerentgesetzes. Gefordert wird die Revision des Euratom-Vertrages an dessen Stelle die Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien (ERENE) treten solle. Die Piraten in Rheinland Pfalz fordern eine europäische Grundrechteagentur – auch zur Überwachung na-

tionalstaatlicher Überwacher. Grundsätzlich sollte Europa Zuflucht gewähren vor politischer Verfolgung und den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg (Piraten 2013). Außerdem müsse die Vereinbarkeit von Grundgesetz in Deutschland und EU-Grundrechtecharta sichergestellt werden (ebenda Piraten 2013).

Einen sozial-ökologischen Umbau fordern die Piraten nicht, allerdings eine nachhaltige und ökologische Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik und die strategische Neuorientierung auf Kreislaufwirtschaft statt Exportorientierung. Die Piraten in Niedersachsen fordern einen neuen Wachstums- und Wohlstandsbegriff (Piraten Niedersachsen, 2012). Die sächsischen Piraten kreieren hierfür den Begriff des »Bruttonationalglück«: »Wirtschaftswachstum ist nicht essbar, es führt nicht automatisch zu einer glücklicheren Bevölkerung und kann als einzelne Kennzahl nicht die Komplexität wirtschaftlichen und menschlichen Lebens abbilden.« (Piraten Sachsen, Wirtschaftsprogramm). Priorität jeden wirtschaftlichen Handelns sollte deshalb die Versorgung der Bevölkerung und die Schaffung individueller Freiräume haben. Die sächsischen Piraten wollen eine Experimentierklausel für neue Wege menschlichen Zusammenlebens und Wirtschaftens (Sandboxprinzip). Auch die Energiewirtschaft müsse nachhaltig, regenerativ und deshalb dezentral nach den Prinzipien fairen Wettbewerbs und möglichst genossenschaftlich organisiert werden. Sie müsse deshalb unter staatlicher Aufsicht stehen und transparent agieren und über Landesprogramme die energiewirtschaftliche und klimawandelbezogene Stärkung der Kommunen absichern. Dazu fordern die Piraten in Bremen, Hamburg, NRW, Schleswig-Holstein und Thüringen die Neutralität der Energienetze bzw. deren Rekommunalisierung. Abgelehnt wird das Fracking wie auch die CO₂-Speicherung im Boden, in der Nord- und Ostsee (u. a. Niedersachsen). In der Landwirtschaft wird Gen-Manipulation ebenso abgelehnt wie Patente auf Lebewesen (u. a. Piraten Baden-Württemberg). Die Niedersachsen fordern für ihr Land eine gentechnikfreie Zone.

Mitunter erweisen sich die Landeswahlprogramme auch als Experimentierfeld für außergewöhnliche Forderungen, wie die nach privaten und gewerblichen Finanzierungsmodellen (neben staatlichen) für

Hochschulen (Hessen, 2009), die nach einem »Schulden-Reset« zur Eindämmung der staatlichen Schulden (Sachsen-Anhalt 2011) oder die nach Regio-Geld (Sachsen 2011).

Der Blick auf die programmatische Arbeit der Piratenpartei zeigt, dass genügend Anlässe zur programmatischen Auseinandersetzung jenseits der Klassiker »Urheberrecht«, »geistiges Eigentum« und »Transparenz« vorhanden wären. Die programmatische Arbeit der Partei gleicht einem doppelten Drahtseilakt, der innerparteilich entsprechend umstritten ist. Dem Bedürfnis eines Teils der Mitgliedschaft nach einer möglichst weitreichenden programmatischen Aussagefähigkeit steht die Auffassung gegenüber, dass jede programmatische Ausweitung den eigentlichen programmatischen Kern verwässern würde. Die programmatische Arbeit, als offener partizipatorischer Prozess gestaltet, bindet enorme Ressourcen, gleichzeitig bietet sie die beste Gewähr, dass die Repräsentanten der Partei nicht eigenmächtig das programmatische Bild der Partei prägen. »Nur beschlossene Positionen sollten auch öffentlich vertreten werden, Leerstellen sollten ehrlich benannt und Dazulernen angekündigt werden. Aber genau dieses Selbstverständnis widerspricht der Logik mediatisierter Politikformulierung. Der Druck auf die Partei wuchs gleichermaßen wie die Unzufriedenheit über die sichtbare Diskrepanz von Selbstverständnis und Zuschreibung als Single-Issue-Partei der Informationsgesellschaft, die sonst nichts zu sagen habe.« (Neumann, 2012, S. 131) Dem Vorwurf, eine Partei ohne programmatische Antworten auf die vermeintlich wirklich wichtigen Fragen zu sein, mit entsprechender programmatischer Arbeit zu begegnen, heißt auch immer, sich der politischen Agenda der dominierenden Parteien zu unterwerfen, auf die Durchsetzung einer eigenen Agenda zu verzichten und Originalität zu verlieren.

III.

Es gibt keinen stichhaltigen Grund für die Annahme, dass die Vollständigkeit eines Programms tatsächlich über Erfolg oder Misserfolg bei Wahlen entscheidet. Kaum mehr als ein Prozent der Wahlberechtigten nimmt Wahlprogramme in Gänze zur Kenntnis. Es sind die be-

sonderen, unterscheidbaren Anliegen verbunden mit der Fähigkeit einer Partei, diese gegenüber etablierten Parteien programmatisch herauszustellen, die eine thematisch geprägte Wahlentscheidung begründen.

Die Wahlschlappe in Niedersachsen kündigte sich in der Bewertung der Piratenpartei in den »Sonntagsfragen« lange an. Im Gefolge der Wahlerfolge im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen sahen verschiedene Umfrageinstitute die Partei auch in Niedersachsen mit bis zu über acht Prozent im Landtag. Seit September 2012 lagen die Gewichtungen mit überwiegend drei Prozent für die Landtagswahl dann deutlich unter der Sperrklausel. Der Verlauf auf Landesebene folgte den »Sonntagsfragen« für den Bundestag: Nach dem überraschenden Erfolg bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin im September 2011 prognostizierten alle großen Umfrageinstitute einen Einzug in den Bundestag mit zeitweilig sogar zweistelligen Prozentzahlen. Ein Jahr später, im Oktober und November 2012 sah kein Umfrageinstitut bei der »Sonntagsfrage« die Piratenpartei noch im Bundestag vertreten.³ Die Aufmerksamkeits- und Zustimmungskurve für die Piratenpartei verlief wie manch andere mediale Erregungskurve in den vergangenen Jahren, etwa diejenige des zwischenzeitlichen Ausrufens der Grünen zur »neuen Volkspartei« mit Zustimmungswerten von über zwanzig Prozent ab Frühjahr 2011. Der schnelle Aufstieg der Piratenpartei erscheint als ein medial vermitteltes und geformtes Ereignis, welches der politischen Ökonomie des Journalismus in Deutschland folgt (vgl. den Beitrag von Wolfgang Storz in diesem Band). In der medialen Öffentlichkeit ist das Interesse auf die Frage zusammengeschnürt, ob die Partei überhaupt noch eine Zukunft hat. Den vier Landtagsfraktionen gelingt es nicht, den Nachrichtenwert der Partei hochzuhalten.⁴

3 Alle Ergebnisse zu den Sonntagsfragen nach: www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm. Abgerufen am 3.2.2013.

4 Eine Ausnahme könnte die Berliner Abgeordnetenhaus-Fraktion werden, die mit dem Vorsitz im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Flughafenbau in Berlin-Schönefeld eine Eintrittskarte zur bundesweiten medialen Beachtung hat.

Die Piratenpartei steht spätestens seit der Niedersachsen-Wahl vor der Frage, was an ihren Erfolgen sich eigenem Zutun, eigener politischer Substanz, Stärke und Anziehungskraft verdankt und was einem günstigen politischen Gelegenheitsfenster, der Schwarmintelligenz der bundesdeutschen Medien und der politischen Beweglichkeit vor allem bei jüngeren Wählerinnen und Wählern geschuldet, also nicht hausgemacht ist.

Mit den Wahlerfolgen schnellten die Mitgliederzahlen empor. 2009 stiegen sie im Zuge der Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag sprunghaft von unter 2.000 auf über 12.000 Mitglieder an. Nach dem Berliner Wahlerfolg verdreifachten sie sich im Laufe des Jahres 2012 fast auf 34.000 Mitglieder Ende 2012. Die steigenden Mitgliederzahlen hatte die Piratenpartei vor allem im Zeitraum von September 2011 bis Sommer 2012 zu bewältigen. In der zweiten Jahreshälfte 2012 stagnierten sie auf diesem – hohen – Niveau. Anfang 2013 sank die Mitgliederzahl leicht infolge von Austritten. In der zweiten Januarhälfte wurden dem Vorstand 33.460 Mitglieder berichtet, davon zahlten knapp die Hälfte Beiträge und waren somit stimmberechtigt.⁵ Diese Mitgliederschübe innerorganisatorisch zu bewältigen, die neuen Mitglieder in die Diskussions- und Willensbildungsprozesse technisch, sozial und politisch zu integrieren, gleichzeitig aber mit den gestiegenen Erwartungshaltungen auch gegenüber ihren öffentlich wahrnehmbaren Repräsentanten und den Ambitionen der neuen Mitglieder umzugehen, erforderte und erfordert enorme innerparteiliche Kraftanstrengungen. Das organisatorische Selbstverständnis der Gründergeneration etwa hinsichtlich Partizipation, Delegation oder auch ehrenamtlicher Tätigkeit stößt an zeitliche und psychische Belastbarkeitsgrenzen, die mitunter in vergifteter Kommunikation und Rückzügen münden und medial nun nur noch berichtenswert sind unter Überschriften wie »Personalquerelen«, »Machtspiele«, »Selbstdemontage«.

5 Vgl. zur Mitgliederentwicklung: wiki.piratenpartei.de/Mitglieder, zu den Mitschriften der Vorstandssitzungen: vorstand.piratenpartei.de/2013/01. Abgerufen am 3.2.2013.

Parteiintern wird ein Kommunikationsproblem durchaus konstatiert. Der Berliner Wahlerfolg habe nicht nur »eine Nachfrage nach einer neuen politischen Kraft« ausgedrückt, die die Berliner Piraten »mit innovativen Inhalten und einem neuartigen Politikstil bedienen« konnten, sondern auch das Tor zum »Medienmainstream« aufgestoßen. Über die Piratenpartei sei berichtet worden, »als säßen wir schon im Bundestag«. Der Berliner Erfolg habe weitere nach sich gezogen, die sich »wohl kaum« damit erklären ließen, dass die Piraten »so kompetente Landespolitik vorzuweisen hatten«. Die Partei habe im Erfolg verabsäumt, einen »Masterplan im Umgang mit den Massenmedien« zu entwickeln und sich stattdessen mit einem »eher positiv freundlichen Umgang mit dem Mainstream« dessen Gesetzmäßigkeiten überlassen.⁶ Die Lösung wird in der Professionalisierung der Kommunikation gesehen, ab dem Herbst 2012 begann die Parteiführung mit dem Aufbau eines entsprechenden Kompetenzteams.

Nicht zu übersehen sind kommunikative Ermüdungsprozesse. Verlautbarungen unterscheiden sich in Stil und Inhalt oft kaum noch von denen anderer Parteien. So erklärte nach der Niedersachsen-Wahl Spitzenkandidat Meinhart Ramaswamy routiniert: »Wir nehmen dieses Ergebnis als Zeichen, dass wir unsere Inhalte nicht genug vermitteln konnten. Daran werden wir arbeiten, unser Motto wird lauten: ›Jetzt erst recht!‹«. Auch der Landesvorsitzende Andreas Neugebauer bewies Kompetenz in professionellem Politikersprech: »Es ist keine Schande, wenn es beim ersten Mal nicht klappt. Wir werden jetzt kurz Atem schöpfen und uns dann mit aller Kraft in die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im Herbst 2013 stürzen. Wir bedanken uns bei allen Wählern für das uns entgegengebrachte Vertrauen und werden außerparlamentarisch den Wunsch nach einem Politikwechsel voranbringen.«⁷ Zwischen dem medialen Auftritt im Winter 2013 und dem

6 Roman Ladig (Piratenpartei Sachsen-Anhalt), Was die Niedersachsen-Wahl für die Zukunft der Piratenpartei bedeutet. Oder: Piraten und Massenmedien – geht das?, 23.01.2013, <http://carta.info/53391/Was-die-Niedersachsen-Wahl-fuer-die-Zukunft-der-Piratenpartei-bedeutet/>

7 www.piraten-nds.de/2013/01/20/piraten-haben-den-einzug-verfehlt-aber-geben-nicht-auf/

provokativ-sympathischen Dilettantismus des Wahlkampfes in Berlin im Spätsommer 2011 besteht ein Unterschied, der mit dem Begriff der politischen Entzauberung nur unzureichend beschrieben ist.

Bereits die Reaktionen auf die sinkenden Umfragewerte zeigten, dass der weitere Weg der Piratenpartei wohl in Richtung Angleichung an die dominanten Mechanismen des politischen Systems gehen würde. Es müsse möglich sein, dass Vertreter der Partei in Diskussionen und Talkshows eigenständig Position bezögen auch ohne vorherige Findungsprozesse in der Partei. Nach der Niedersachsen-Wahl verstärkte der Parteivorsitzende Bernd Schlömer diese Tendenz: »Die Menschen wissen einfach nicht, wofür die Piratenpartei steht. Und sie verbinden mit der Piratenpartei auch keine Menschen. Deswegen habe ich auch gesagt, dass wir nicht weiter allein darauf setzen können, Themen zu transportieren. Wir müssen Köpfe, Menschen zeigen, Sympathieträger, die unsere Themen einfach und leicht transportieren.«⁸ Damit zieht Schlömer einen demonstrativen, innerparteilich höchst umstrittenen Schlusstrich unter die Methode »Themen statt Köpfe«.

Gleichzeitig spricht sich Schlömer für ein strategisches »Sowohl-als-auch« zwischen einem umfassenden Programm und der Betonung der Kernthemen aus. »Politische Parteien werden auch gewählt, weil man glaubt, die Partei tickt so wie ich auch. Parteien werden nicht nur gewählt, weil sie zu jedem Sachthema vorgeben, eine konkrete Lösung zu haben. Nichtsdestotrotz müssen wir beides sinnvoll kombinieren. Wir müssen eine Partei sein, die Beteiligung und damit direkte Demokratie im Internetzeitalter auf die Agenda setzt und sich dafür einsetzt, Wissen frei zur Verfügung zu stellen. Damit verkörpern wir das Lebensgefühl und die Lebensart der jüngeren Generation. (...) Die Partei versucht, Lösungen für ein Leben in modernen Gesellschaften anzubieten, die von Freiheit, Individualität und Selbstbestimmtheit geprägt sind. Dieser Liberalismus neuerer Art ist gekoppelt mit einer grundsätzlichen Staatsskepsis, aber auch mit der Forderung, dass wir

8 Sueddeutsche Zeitung, 1.2.2013 – www.sueddeutsche.de/politik/2.220/piratenchef-schloemer-wir-muessen-koepfe-zeigen-1.1589369

wesentlich stärker als bislang auch für gemeinwohlorientiertes Handeln eintreten müssen. Ich bezeichne das als Sozialliberalismus.«⁹ Schlömer wendet sich damit gegen diejenigen, die von der Partei zu jeder Frage der Alltagspolitik eine Antwort erwarten. Gleichzeitig will er es nicht mehr der politischen Phantasie der Wählerinnen und Wähler überlassen, wie sie die Partei als Projektionsfläche nutzen, sondern reklamiert für sie im Parteienspektrum den freien Platz des Sozialliberalismus. Drittens überhöht er die Konzentration auf die Gründungsthemen zum Generationenprojekt, zu »Lebensgefühl« und »Lebensart« einer ganzen Generation, die die Piraten repräsentieren würden. Damit hat er den innerparteilichen Richtungsstreit in Auswertung der niedersächsischen Wahl Niederlage und dem drohenden Scheitern bei der Bundestagswahl verschärft. Im Februar 2013 wurde erwogen, per Mitgliederbefragung über vorzeitige Vorstandswahlen zu entscheiden.

Die Attraktivität der Piratenpartei lebte bisher von ihrer demonstrativen Differenz zu politischem Stil und Inhalt, Sprache und Habitus, Jargon und Rhetorik aller parlamentarisch etablierten Parteien. Sie traten auf als Spielverderber, als der »ungewöhnliche Spieler«, der »dadurch, dass er bei dem Spiel mitspielt, ohne es ernst zu nehmen, die Grundlage des Spiels bedroht, nämlich den Glauben und die Glaubwürdigkeit der gewöhnlichen Spieler« (Bourdieu 2013: 56f). Die Piraten verweigerten sich – so die öffentliche Wahrnehmung – den Regeln des Beitritts zum politischen Betrieb: dem vermeintlichen Expertentum der Politiker, ihrer wohltrainierten Fähigkeit, auf alle Fragen eine Antwort formulieren zu können. Sie traten stattdessen dafür ein, mit Hilfe moderner Technologien das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten redemokratisieren zu können und zu wollen. Sie nahmen dafür eine gehörige Portion Apolitismus in Kauf, in dem sie die Sphäre der Politik als Sphäre widerstreitender Interessen negierten und als Sphäre bestmöglicher Sachentscheidungen der Vielen neu zu konstituieren trachteten. Vor allem aber

9 Sueddeutsche Zeitung, 1.2.2013 – www.sueddeutsche.de/politik/2.220/piratenchef-schloemer-wir-muessen-koepfe-zeigen-1.1589369

nahmen sie sich selbst zurück, traten nicht als politische Priester oder Funktionäre auf. Ihre Vertreter inszenierten sich selbst als Delegierte und Mandatsträger, die den Willen ihrer Mitglieder bzw. der am jeweiligen Entscheidungsprozess sich Beteiligten vertreten, zu ihren Gunsten handeln, aber die sich ausdrücklich nicht als sich selbst ermächtigende Wortführer und Stellvertreter an ihre Stelle setzen und ihren Willen formen. Mit einem gewissen Wohlwollen ließe sich formulieren, der mediale Durchbruch im Berliner Wahlkampf verdankte sich ihrer technologisch gestützten Modernisierung des Versprechens vom imperativen Mandat und der damit verbundenen Neuverteilung der politischen Produktionsmittel:

»Weil die Produktionsinstrumente der im eigentlichen Sinne politischen, das heißt expliziten und explizit differentiellen Repräsentation der sozialen Welt ungleich verteilt sind, gewinnt des politische Leben die Form eines Austausches zwischen professionellen Produzenten und bloßen Laien und lässt sich in der Logik von Angebot und Nachfrage beschreiben. Das politische (Produktions-)Feld ist der Ort, an dem von den dort befindlichen, miteinander konkurrierenden Akteuren politische Produkte hergestellt werden (Probleme, Programme, Analysen, Kommentare, Konzepte, Ereignisse), unter denen die auf den Status von ›Konsumenten‹ reduzierten gewöhnlichen Bürger wählen sollen, wobei das Risiko des Missverständnisses umso größer wird, je weiter sie vom Produktionsort entfernt sind.« (Bourdieu 2013: 45)

Die unter dem Namen »Parteienverdrossenheit« vielfach beschriebene richtungslose Unzufriedenheit mit dem politischen Produktionsprozess spiegelt sich in der medialen Karriere des Worts vom »neuen Betriebssystem der Demokratie«. Ein Teil dieser bloßen Konsumenten konnte sich vorstellen, wieder zum (Mit-)Produzenten von Politik zu werden, eine gewisse Affinität zu digitaler Technik, ansehnliche Zeitressourcen und partizipatorische kulturelle Fähigkeiten vorausgesetzt. Die technologisch gestützte Erneuerung demokratischer Verfahren erschien mit einem neuen »Betriebssystem« im doppelten Sinne möglich: als kollektive sachkundige Selbstaufklärung und Selbstermächtigung gegenüber dem abgeschotteten Expertentum des real existierenden Politikbetriebes, als »Weisheit der Vielen«; und als

Schutzwall gegen Enttäuschung und Verrat, denn wo permanente Beteiligung und Delegation dominieren, braucht es den Vertrauensvorschuss in die gewählte Person nicht mehr, und dann kann Vertrauen auch nicht enttäuscht werden.

Nicht zufällig handelt es sich bei den Protagonisten der »Wiki-Republik« (Plaum 2012) vorwiegend um Angehörige der jüngeren Generation. Die *digital natives* stellen die Frage nach ihrem Einfluss und Platz in den gesellschaftlichen Institutionen in einer alternden Mehrheitsgesellschaft, gerade weil sie als die kreativen Ingenieure des digitalen Kapitalismus hofiert werden. Ob die Piratenpartei zu ihrer politischen Kraft werden und dazu die entsprechende eigene, unterscheidbare politische Vorstellung von der sozialen Welt entwickeln kann, die eine anhaltende Mobilisierung und wachsende Zustimmung ermöglichen, hängt davon ab, wie lange sie noch bereit und fähig ist, die dominanten Regeln und Themen, die herrschende Sicht auf Demokratie, Politik und ihre Themen subversiv zu unterlaufen. Die innerparteiliche Verarbeitung von Umfragetief und Wahlschlappe, die unübersehbar wachsenden Tendenzen zur Professionalisierung und Personalisierung deuten allerdings auf die Bereitschaft zu einem raschen Anpassungsprozess an die Mechanismen des medialisierten Politikbetriebes hin. Damit würde sich die Partei ihres gesellschaftspolitischen Potentials berauben. Als Partei unter vielen anderen wäre sie dann nicht mehr als der Versuch von aufstrebenden Nachwuchspolitikern und -politikerinnen, die sich in anderen Parteien blockiert sahen, durch Betrieb einer eigenen Partei ins politische Geschäft einzusteigen. Der Schlömer'sche Rekurs auf die »jüngere Generation« entspricht diesem Ansinnen: der thematische Kern der Piratenpartei wird transformiert in eine inhaltslose Alternative von Jung und Alt, die klassische Form des Konflikts zwischen Platzhaltern und Anwärtern. Die Emanzipation vom traditionellen Politikverständnis und seinen Ritualen wäre dann nur eine vorgetäuschte.

Tatsächlich ist aber davon auszugehen, dass die – auch emanzipatorischen und demokratischen – Potentiale der Digitalisierung von Information und Kommunikation noch längst nicht entfaltet und ausgeschöpft sind. Wo die anderen Parteien nach Machterhalt strebten,

suchten die Piraten nach Lösungen – diese Perspektive der *liquid democracy* bleibt virulent wie die Themen Demokratie, Transparenz und Partizipation. Die »digitale Frage« birgt ähnlich wie die »ökologische Frage« die Möglichkeit zur Herausbildung einer langfristigen politischen Konfliktlinie im Sinne eines neuen »cleavages« – auch wenn diese Piratengeneration vorschnell die Segel streichen sollte.

Literatur

- Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hrsg.): Unter Piraten – Erkundungen einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012.
- Bieber, Christoph: Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei. Eine (ermunternde) Einleitung, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hrsg.): Unter Piraten – Erkundungen einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S.9-22.
- Blumberg, Fabian: Partei der »digital natives«? – eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei, Konrad Adenauer Stiftung, Parteienmonitor, Berlin 02/2010.
- Bourdieu, Pierre: Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Frankfurt/M. 2013
- Eisel, Stephan: Wer warum die Piratenpartei wählt – Analyse der Landtagswahlen 2011/12 in Berlin, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen«, Konrad Adenauer Stiftung Online Dokumentation, 15. Mai 2012.
- Eisel, Stephan: Saarlandwahl – Piraten festigen ihren Status als Protestpartei, Konrad Adenauer Stiftung online, 26. März 2012.
- Jesse, Eckhard: Das Abschneiden der kleinen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 und ihre Perspektiven, In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden 2011, S. 179-198.
- Jesse, Eckhard: Die Ungewissheit wächst – Landtagswahlen 2012, In: Das Parlament, 25-26 2012.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Walter, Franz: Meuterei auf Deutschland – Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin 2012.
- Hensel, Alexander : Das Milieu der Piraten. Erben der Internetkultur, In: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S.41-51.
- Hensel, Alexander : Der verlockende Reiz des Neuen. Die Piratenpartei als nicht-etablierte Partei, In: INDES, Jg.1 (2012) H. 1, S. 105-112.

- Hensel, Alexander: Der Druck auf die etablierten Parteien wächst, In: Cicero Online, 06.12.2011.
- Hensel, Alexander: Piraten im Parlament, In: Cicero Online, 19.09.2011.
- Hensel, Alexander: Warum die Piraten in Berlin so gut ankommen, In: Spiegel Online, 14.09.2011.
- Kahrs, Horst: »You call it piracy. We call it freedom«. Die Piratenpartei und ihre Wähler – Liquid Patchwork; in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und politische Praxis; Heft 3/2012, S. 146-151
- Kahrs, Horst: Die Wahl zum 17. Niedersächsischen Landtag. Wahlbericht und erste Analyse, Berlin 20/21.1.2013; www.rosalux.de/publication/39048/die-wahl-zum-17-niedersaechsischen-landtag-am-20-januar-2013.html
- Koschmieder, Carsten: Piraten und Possenreißer statt Politiker und Populisten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, September 2012.
- Krätzig, Sebastian: Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der neuen Konfiguration der Mehrparteienrepublik, In: Forschungsjournal NSB, Jg. 23/4/2010, S.91-97.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Piratenpartei, Wiesbaden 2012.
- Niedermayer, Oskar: Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 41, 2010, S. 838-854.
- Stoye, Sabine: Politik aus Notwehr – die Piratenpartei im Aufwind, Konrad Adenauer Stiftung Parteienmonitor aktuell, 4. April 2012.
- Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian: Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft, Hanns-Seidel-Stiftung, Aktuelle Analysen 55, 2010.

Fundstellen der zitierten Programme der Piratenpartei Deutschlands:

- Die Piraten Baden-Württemberg (2011). Landeswahlprogramm. https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/4/4d/Wahlprogramm_2011_BW_Web_Einzeln.pdf
- Die Piraten Bayern. (2008). http://wiki.piratenpartei.de/Bayern/Landtagswahl_2008/Wahlprogramm
- Die Piraten Berlin. (2011). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Wahlprogramm-Berlin-2011.pdf
- Die Piraten Brandenburg. (2012). Grundsatzprogramm des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland (»Landesprogramm«). www.piratenbrandenburg.de/politik/landesprogramm

Die Piraten Bremen. (2011). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Wahlprogramm_Bremen_2011.pdf

Die Piraten Hamburg. (2011). <http://wiki.piratenpartei.de/HH:Wahlprogramm>

Die Piraten Hessen. (2008). Wahlprogramm. http://wiki.piratenpartei.de/Landtagswahl_Hessen_2008/Wahlprogramm

Die Piraten Mecklenburg-Vorpommern.

Die Piraten Niedersachsen. Landeswahlprogramm 2013. <http://piraten-nds.de/wp-content/uploads/2012/11/piratenpartei-nds-programm.pdf>

Die Piraten Nordrhein-Westfalen. (2010). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/NRW_Programm_2010_A5.pdf

Die Piraten Saarland. (2012). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/04/Landtagswahlprogramm-Piratenpartei-Saarland-2012.pdf

Die Piraten Sachsen. Grundsatzprogramm, inklusive Wirtschaftsprogramm <http://wiki.piratenpartei.de/SN:Dokumente/Grundsatzprogramm> abgerufen vom 25.1.2013

Die Piraten Sachsen-Anhalt. (2012) Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/LSA_Wahlprogramm_Entwurf.pdf

Die Piraten Schleswig-Holstein. (2012). <https://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Landtagswahl-Schleswig-Holstein-2012-Wahlprogramm.pdf>

Die Piraten Thüringen. (2010). Leitlinien <http://wiki.piraten-thueringen.de/TH:Leitlinien>

Autorinnen und Autoren

Martin Beckmann, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Georg Fülberth, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

Conny Hildebrandt, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

Horst Kahrs, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstruktur-analysen, Wahlenanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. www.horstkahrs.de.

Detlef Kannapin, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

Konstanze Kriese, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf www.kasonze.de.

Michael Paetau, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Dr. Jürgen Scheele, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

Tobias Schulze, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf digitale.linke.de. Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). www.wolfgangstorz.de

Michael H. W. Weber, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

Nelli Tügel, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.